



# **Die Landesregierung und ihre Aufgaben**

2014–2019

## **Impressum**

Herausgeber:

Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Konzept/Gestaltung:

ariadne an der spree GmbH | [www.ariadne-an-der-spree.de](http://www.ariadne-an-der-spree.de)

Bildquellen:

Alle Fotos: Michael Lüder; © brandenburg.de

Foto S. 4: © Die Hoffotografen

Druck:

PieReg Druckcenter Berlin GmbH

Benzstraße 12

12277 Berlin

Auflage:

1.500 Exemplare

## Die Landesregierung

Der Ministerpräsident und die neun Landesministerinnen und -minister bilden die Regierung des Landes Brandenburg. Der Ministerpräsident wird vom Landtag gewählt, ernennt die Ministerinnen und Minister und bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik. Innerhalb dieser Richtlinien leiten die Ministerinnen und Minister ihren jeweiligen Geschäftsbereich selbstständig und in eigener Verantwortung. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen mehreren Ministerien entscheidet die Landesregierung.

Alle wichtigen Entscheidungen zu politischen Grundsatzen, zu Gesetzesentwürfen sowie zu administrativen und personellen Fragen trifft die Landesregierung in ihren Kabinettsitzungen, die wöchentlich in der Staatskanzlei stattfinden. Eigene Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten haben die Länder beispielsweise im Bildungswesen, in Angelegenheiten des Rundfunks und des Fernsehens, im Kommunal- und Polizeirecht. Bei der Gesetzgebung des Bundes wirken die Länder über den Bundesrat mit.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung am 19. November 2014 die Schwerpunkte der Landesregierung für die laufende Legislaturperiode

benannt. „Sicher, selbstbewusst und solidarisch: Brandenburgs Aufbruch vollenden“ lautet das Leitmotiv des Handelns der Landesregierung bis 2019. Mit tausenden neuen Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern will die Koalition aus SPD und der Partei DIE LINKE die Qualität in den Bildungseinrichtungen weiter steigern. Die Anstrengungen zur Verbrechenverhütung und Kriminalitätsbekämpfung werden verstärkt. Mit gezielten Investitionen sollen Landstraßen sowie die kommunale Infrastruktur verbessert und mit einer Verwaltungsstrukturreform die öffentlichen Dienstleistungen zukunftsfest gemacht werden.

Die Landesregierung hat eine Informationspflicht gegenüber dem Landtag und unterliegt einer intensiven parlamentarischen Kontrolle. Die Abgeordneten des Landtages haben das Recht auf Auskunft und Aktenvorlage sowie Zugang zu den Dienststellen der Landesverwaltung. Die Öffentlichkeit wird durch die Landesregierung regelmäßig über die Ziele ihrer Politik sowie über konkrete Vorhaben der Landesverwaltung informiert.

[www.brandenburg.de](http://www.brandenburg.de)

**Dr. Dietmar Woidke**

geboren am 22. Oktober 1961  
in Naundorf bei Forst (Brandenburg),  
verheiratet, ein Kind, evangelisch



# Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg

## Dr. Dietmar Woidke

### Ausbildung und Beruf

- 1982 bis 1987 Studium der Landwirtschaft und Tierproduktion/Ernährungsphysiologie an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Abschluss: Diplomagraringenieur
- 1987 bis 1990 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Ernährungsphysiologie an der Humboldt-Universität zu Berlin
- 1990 bis 1992 Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Sano-Mineralfutter GmbH
- 1992 bis 1994 Leiter des Amtes für Umwelt und Landwirtschaft des Landkreises Spree-Neiße
- 1993 Promotion zum Dr. agrar.

### Politischer Werdegang

- seit 1993 Mitglied der SPD
- seit 1994 Mitglied des Landtages Brandenburg
- 2004 bis 2009 Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
- 11/2009 bis 09/2010 Vorsitzender der SPD-Fraktion und Mitglied des Präsidiums des Landtages Brandenburg
- 10/2010 bis 08/2013 Minister des Innern des Landes Brandenburg
- seit 28.08.2013 Ministerpräsident des Landes Brandenburg
- seit 29.01.2014 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit

# Ministerpräsident und Staatskanzlei

Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Landespolitik und vertritt das Land nach außen.

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben wird der Ministerpräsident durch die Staatskanzlei unterstützt. Sie ist die Regierungszentrale, das „Ministerium“ des Ministerpräsidenten und wird vom Chef der Staatskanzlei geleitet. Die Staatskanzlei entwickelt Strategien für zentrale Vorhaben der Landesregierung, hilft diese umzusetzen und ist verantwortlich für die Gesamtdarstellung der Regierungsarbeit gegenüber der Öffentlichkeit. Zur Staatskanzlei gehört die Vertretung des Landes beim Bund in der Bundeshauptstadt. Diese Aufgaben spiegeln sich im Aufbau der Staatskanzlei wider. Sie besteht aus vier Abteilungen.

Die Abteilung „Zentrale Angelegenheiten und Internationales“ ist für die allgemeinen Verwaltungsaufgaben wie Organisation, Informationstechnik, Haushalt, Innerer Dienst und Personalmanagement verantwortlich. Hinzu kommen das Justizariat und die Aufgabenfelder Demografischer Wandel, Bürgerschaftliches Engagement, Orden und Ehrungen, Protokoll, Veranstaltungen und Internationales.

Die Abteilung „Regierungsplanung und Koordination“ ist die Schaltstelle zwischen den Ministerien. Sie koordiniert und begleitet die Arbeit der Ressorts. Die Abteilung ist ferner zuständig für Medienpolitik und Rundfunk, die Zusammenarbeit der Länder sowie für Kabinetts- und Landtagsangelegenheiten.

Die Abteilung „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ wird vom Regierungssprecher geleitet. Sie koordiniert

die gesamte Presse-, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der Landesregierung einschließlich des Internetauftrittes [www.brandenburg.de](http://www.brandenburg.de) mit mehr als 150.000 Seiten. In Verantwortung der Abteilung werden Anträge auf Schirmherrschaften bearbeitet, Grußworte verfasst und im Bürgerbüro des Ministerpräsidenten Anfragen an den Regierungschef beantwortet.

Die vierte Abteilung, die „Vertretung des Landes beim Bund“ mit Sitz in Berlin, vertritt die Interessen des Landes Brandenburg gegenüber den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland und liegt im Verantwortungsbereich des Bevollmächtigten des Landes beim Bund. Zu den Aufgaben zählen insbesondere die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung über den Bundesrat sowie die Beobachtung der Politik von Bundestag und Bundesregierung. Zugleich ist die Landesvertretung eine „Drehscheibe“, von der aus politische, wirtschaftliche und sonstige Kontakte zu Parteien und Spitzenverbänden, zu Botschaften und Interessengruppen in der Bundeshauptstadt geknüpft und vertieft werden können. Als „Schaufenster des Landes“ präsentiert die Landesvertretung in zahlreichen Veranstaltungen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt des Landes Brandenburg einer breiten Öffentlichkeit.

Der Staatssekretär für Flughafenkoordination nimmt die vielfältigen Aufgaben der Landesregierung zur schnellen Inbetriebnahme des Flughafens BER temporär wahr.

# Der Chef der Staatskanzlei Staatssekretär

## Rudolf Zeeb

geboren am 5. November 1959 in  
Tübingen/Württ. (Baden-Württemberg),  
verheiratet, zwei Kinder

## Ausbildung und Beruf

1978	Allgemeine Hochschulreife
1978 bis 1984	Studium der Rechtswissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.; Erstes Juristisches Staatsexamen
1984 bis 1987	Juristischer Vorbereitungsdienst Baden-Württemberg; Zweites Juristisches Staatsexamen
09/1987 bis 11/1990	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Justiziar
11/1990 bis 08/1992	Finanzministerium Baden-Württemberg, Referent
08/1992 bis 06/1996	Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Persönlicher Referent des Amtschefs
06/1996 bis 04/1998	Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Referent
05/1998 bis 03/2003	Staatskanzlei Brandenburg, Referatsleiter, Abteilungsleiter (m.d.W.d.G.b.)
04/2003 bis 10/2004	Ministerium der Finanzen Brandenburg, Abteilungsleiter
10/2004 bis 11/2009	Ministerium der Finanzen Brandenburg, Staatssekretär
11/2009 bis 11/2014	Ministerium des Innern Brandenburg, Staatssekretär
seit 5. November 2014	Chef der Staatskanzlei des Landes Brandenburg

# Der Bevollmächtigte des Landes Brandenburg beim Bund

## Staatssekretär

**Thomas Kralinski**

geboren am 25. August 1972 in Weimar (Thüringen), ledig

## Ausbildung und Beruf

1991	Abitur in Wickersdorf (Thüringen)
1992 bis 1998	Studium der Politikwissenschaft, Osteuropawissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Leipzig und Manchester
1999	wissenschaftlicher Mitarbeiter am Studiengang Internationale Beziehungen der TU Dresden
1999 bis 2003	wissenschaftlicher Mitarbeiter des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Sachsen, Dresden
2003 bis 2004	Referent beim SPD-Landesverband Brandenburg, Potsdam
2004 bis 2014	Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, Potsdam
seit 2014	Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund, Staatssekretär in der Staatskanzlei

## Politischer Werdegang

seit 1998 Mitglied der SPD



# Der Flughafenkoordinator

## Staatssekretär

### Rainer Bretschneider

geboren am 13.12.1948 in Hagen/Westfalen,  
verheiratet, zwei Kinder

## Ausbildung und Beruf

1969 bis 1974	Jurastudium in Münster (1. Staatsexamen)
1974 bis 1977	Referendarzeit (OLG Hamm, 2. Staatsexamen)
1977 bis 1990	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr bzw. Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
1990	Gründungsbeauftragter für den Aufbau des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg
1991 bis 2004	Abteilungsleiter Grundsatzangelegenheiten des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
2004 bis 2007	Abteilungsleiter Verkehrspolitik des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr bzw. Ministeriums für Infrastruktur und Raum- ordnung des Landes Brandenburg
2008 bis 2009	Staatssekretär des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung
2010 bis 2013	Staatssekretär des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
seit Januar 2013	Staatssekretär in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg als Flughafenkoordinator
seit Dezember 2013	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

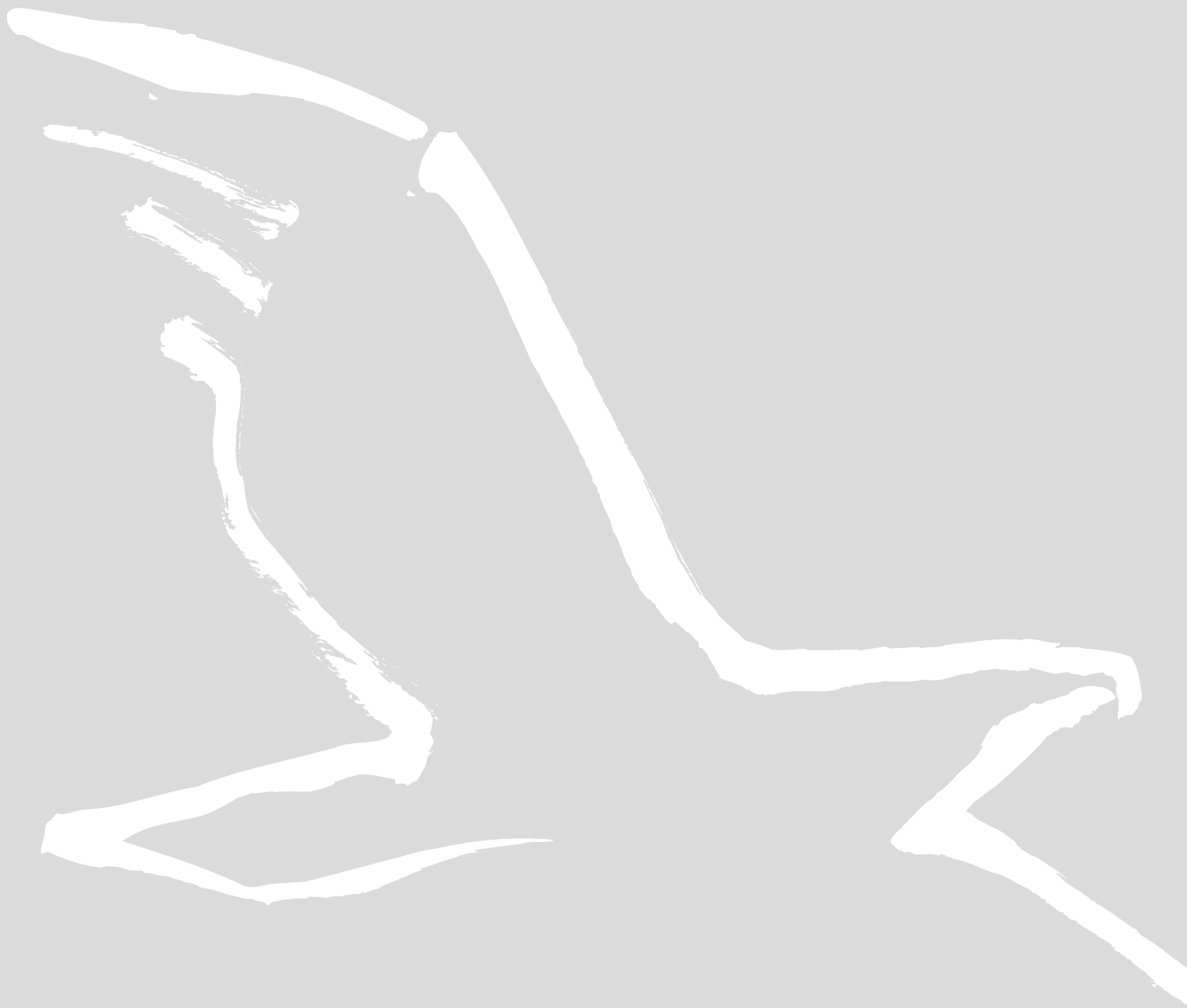
# Regierungssprecher

## Thomas Braune

geboren am 14. Januar 1959  
in Halle/Saale (Sachsen-Anhalt)

### Ausbildung und Beruf

1965 bis 1977	Schulbesuch in Halle/Saale; Abschluss mit dem Abitur
1977 bis 1979	Volontariat beim Jugendradio DT 64 des DDR-Rundfunks; dazwischen Grundwehrdienst bei der NVA
1979 bis 1983	Journalistikstudium an der Universität Leipzig; Abschluss als Diplomjournalist
1983 bis 1991	Arbeit beim Jugendradio DT 64 des DDR-Rundfunks in Berlin; ab 1986 Mitbegründer, Redakteur, Reporter, Moderator und stellvertretender Leiter der Sportredaktion
1991 bis 1995	Tätigkeit als Redakteur, Reporter und Moderator der Abteilung „Aktuelle Politik“ von Antenne Brandenburg und als Chef vom Dienst des Gesamtprogramms in Potsdam <ul style="list-style-type: none"><li>• mit der Übernahme des erfolgreichen Senders durch den Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg am 1. Januar 1992 Arbeit mit gleicher Zuständigkeit</li></ul>
1995 bis 2004	Arbeit vor und hinter der Kamera des ORB-Fernsehens <ul style="list-style-type: none"><li>• seit 1997 verantwortlich für landespolitische Berichterstattung</li><li>• Moderator u.a. des Politik-Magazins „Die Woche“ und der Diskussionssendung „VOR ORT“</li></ul>
2001 bis 2004	ehrenamtlicher Vorsitzender der „Landespressekonferenz Brandenburg“
seit 1. März 2004	Regierungssprecher des Landes Brandenburg



# Ministerium des Innern und für Kommunales

Das Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) gehört zu den klassischen Querschnittsressorts der Landesregierung. Seine Aufgaben und Zuständigkeiten sind entsprechend breit gefächert. Zentrale Aufgabengebiete sind die Gewährleistung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie kommunale Angelegenheiten.

Das Ressort ist damit auch für eines der wichtigen Reformvorhaben der Landesregierung in der aktuellen Wahlperiode zuständig: die geplante Verwaltungsstruktur- und Kreisgebietsreform. Ziel der Reform sind leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltungsstrukturen. Die letzte Kreisgebietsreform im Land erfolgte im Jahr 1993. Seitdem hat sich Brandenburg gesellschaftlich und demografisch stark verändert. Daraus ergibt sich Handlungsbedarf.

Als oberste Kommunalaufsicht sorgt das MIK dafür, dass die vier kreisfreien Städte und 14 Landkreise mit ihren 144 amtsfreien Gemeinden und 53 Ämtern ihre Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen. Das umfasst auch die Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen.

Das MIK ist mit seiner Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt auch für die Erstaufnahme von Asylbewerbern zuständig. Gut drei Prozent aller Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, beginnen ihr Verfahren in Brandenburg. Die Zahl von Asylbewerbern

und Flüchtlingen ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Die bestehende Einrichtung wird daher Zug um Zug saniert und ausgebaut. Weitere Außenstellen im Land müssen eröffnet werden, um Eisenhüttenstadt zu entlasten.

Am deutlichsten nach außen sichtbar ist das MIK durch die Polizei. Wegen seiner Grenzlage, der Nähe zur Metropole Berlin und den bedeutsamen Ost-West-Verkehrskorridoren steht Brandenburg bei der Bekämpfung der Kriminalität vor besonderen Herausforderungen. Die Polizeireform der vergangenen Wahlperiode wird gründlich evaluiert werden. Brandenburg wird in Zukunft deutlich mehr junge Polizistinnen und Polizisten ausbilden als bisher. Bei der Aufklärung von Straftaten und der Ermittlung von Tatverdächtigen arbeitet Brandenburg mit der Berliner Polizei sowie den polnischen Sicherheitsbehörden besonders eng zusammen.

Die Polizei ist auch Partner der Brandenburgerinnen und Brandenburger bei der Kriminalitätsprävention. Fachleute stehen als Ansprechpartner für Einbruch- und Diebstahlschutz bereit. Die Prävention der Polizei wird in den kommenden Jahren verstärkt werden. Außerdem ist im MIK die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates angesiedelt, der unter anderem Pilotprojekte der Kriminalprävention fördert.

Ein wichtiger Teil der Sicherheitsarchitektur ist der Verfassungsschutz, der als eigene Abteilung im MIK

organisiert ist. Er informiert Landesregierung und Parlament sowie die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Aktivitäten und Bestrebungen. Ferner unterstützt er zivilgesellschaftliche Kräfte und Verwaltungen überall im Land insbesondere bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Dabei arbeitet der Verfassungsschutz eng mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ zusammen. Er versteht sich als „Dienstleister der Demokratie“.

Ebenfalls im MIK angesiedelt sind Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungswesen. Mit dem Koordinierungszentrum Krisenmanagement (KKM) des Landes steht eine bewährte ständige Struktur zur Unterstützung und Führung von Einsätzen zur Abwehr und Bewältigung von Katastrophen und Großschadenslagen aller Art zur Verfügung.

Dem MIK untersteht auch die Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE). Dort erfolgt die Ausbildung von Fach- und Führungskräften der öffentlichen Feuerwehren. Ein wichtiger Teil der LSTE ist das Landeskatastrophenschutzlager in Beeskow.

Weitere nachgeordnete Behörden des MIK sind die Fachhochschule der Polizei (FHPol), der Zentraldienst der Polizei (ZDPol) und der ZIT-BB als zentraler IT-Dienstleister der Landesverwaltung. Die FHPol in Oranienburg stellt sicher, dass Brandenburg auch in

Zukunft über gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte verfügt. Der ZDPol mit Sitz in Wünsdorf steuert Beschaffung und technische Instandhaltung der Polizeiausrüstung. Zum Zentraldienst gehört auch der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD). Er kümmert sich um die Räumung und Beseitigung von Blindgängern und Munition, vor allem aus dem Zweiten Weltkrieg. Brandenburg ist mit derartigen explosiven Altlasten im Ländervergleich besonders stark belastet.

[www.mik.brandenburg.de](http://www.mik.brandenburg.de)

## Karl-Heinz Schröter



geboren am 26. Oktober 1954  
in Frankfurt (Oder),  
verheiratet, zwei Kinder

# Der Minister des Innern und für Kommunales

## Karl-Heinz Schröter

### Ausbildung und Beruf

- 1972 Abitur und anschließend Grundwehrdienst
- 1980 Abschluss an der Universität Rostock als Diplomingenieur für Landtechnik
- bis 1990 Verschiedene Tätigkeiten in der landtechnischen Instandhaltung, Bereichsleiter Technik im VEG Tierproduktion Berlin

### Politischer Werdegang

- seit 1989 Mitglied der SDP/SPD
- 1990 Landrat des Landkreises Oranienburg
- 1990 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1994 bis 2014 Landrat des Landkreises Oberhavel, Vorsitzender des Landkreistages Brandenburg, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages
- seit 5. November 2014 Minister des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

# Staatssekretär

## Arne Feuring

geboren am 02. Juli 1963 in Gronau (Leine)  
(Niedersachsen), verheiratet, drei Kinder

### Ausbildung und Beruf

1993	1. Juristisches Staatsexamen
1996	2. Juristisches Staatsexamen
08/1996	Einstellung in den brandenburgischen Polizeidienst
08/1996 bis 07/1997	Stationsausbildung in den Polizeibehörden und Einrichtungen der Polizei
09/1997 bis 02/1998	Studienkurs an der Polizeiführungsakademie in Münster
03/1998 bis 02/2000	Polizeipräsidium Eberswalde, Leiter der Führungsstelle im Schutzbereich Bernau
03/2000 bis 06/2002	Polizeipräsidium Eberswalde, Leiter des Schutzbereiches Bernau
2002 bis 2005	Polizeipräsidium Potsdam, Leiter des Stabes
2005 bis 2007	Landeskriminalamt, Leiter Abteilung 3 (Staatsschutz)
2007 bis 2011	Polizeipräsident beim Polizeipräsidium Frankfurt (Oder)
2011 bis 2014	Polizeipräsident des Landes Brandenburg
seit 06. November 2014	Staatssekretär im Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg





# Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz

Das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz bündelt drei Aufgabenbereiche, in denen es im weitesten Sinne darum geht, dass Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Recht kommen.

Die Aufgaben der Justiz umfassen den größten Arbeitsbereich des Ressorts. Sie reichen von Personal- und Verwaltungsfragen für Gerichte und Staatsanwaltschaften über die ressortübergreifende Unterstützung und Beratung bei der Vorbereitung von Gesetzgebungsvorhaben der Landesregierung bis hin zur Vertretung des Landes bei Verfassungsstreitigkeiten. Auch der Bereich des Justizvollzugs und die Sozialen Dienste der Justiz gehören zum Aufgabenspektrum. Für das Recht der Juristenausbildung, die Organisation und Abnahme der juristischen Staatsprüfungen und die Aus- und Fortbildung in der Rechtspflege ist das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg mit Sitz in Berlin zuständig. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums gehören zudem alle Amts- und Landgerichte, das Brandenburgische Oberlandesgericht, alle Fachgerichte des Landes sowie die Generalstaatsanwaltschaft, die Staatsanwaltschaften, die Justizvollzugsanstalten und die Jugendarrestanstalt des Landes Brandenburg. Wie alle Ministerien führt auch das Ministerium der Justiz die Aufsicht über seine nachgeordneten Behörden. Im Verhältnis zu den Gerichten besteht allerdings eine Besonderheit: Wegen der verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit der Richter kann das Ministerium keine Weisungen in Sachfragen ertei-

len. Die Überprüfung gerichtlicher Entscheidungen ist nur auf dem durch die Prozessordnungen geregelten Weg möglich.

Der Abteilung Europa obliegen eine beratende Funktion und die politische Koordination der Europapolitik. Sie vertritt das Land in europapolitischen Abstimmungsgremien der Länder und europäischen Organisationen und verstärkt den Gedanken der europäischen Integration im Land. Ferner unterstützt die Abteilung die Arbeit der Euroregionen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie die Gestaltung der Beziehungen vor allem zu den mittel- und osteuropäischen Staaten und hier insbesondere zu Polen. Dem Ministerium ist zudem die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union zugeordnet. Diese Außenstelle hat ihren Sitz in Brüssel. Um die brandenburgischen Interessen gegenüber der EU in den verschiedenen Politikfeldern geltend machen zu können, unterhält das Büro enge Kontakte zu den Organen der EU, zu den EU-Vertretungen der anderen Bundesländer, der anderen Mitgliedstaaten und zu weiteren Organisationen auf europäischer Ebene.

Die verbraucherschutzrelevanten Aufgaben sind in der Abteilung Verbraucherschutz gebündelt. Zu ihrem Aufgabenspektrum gehören die Sicherung einer umfassenden Verbraucherinformation und -beratung, die Mitgestaltung und Entwicklung der Verbraucherrechte, die Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen, der Tierschutz und die Tierarzneimittelüberwachung sowie

die Gewährleistung der Lebensmittel- und der Futtermittelüberwachung. Des Weiteren sind die Sicherung der Trinkwasser- und Badegewässerqualität, die Düngemittelverkehrskontrolle, der Strahlenschutz, die Genehmigung und Überwachung gentechnischer Anlagen sowie die Überwachung der Freisetzung und des Inverkehrbringens gentechnisch veränderter Organismen die Kernaufgaben. Die Produktkontrolle und die Chemikaliensicherheit sowie die Zulassung und Kontrolle von Laboren gehören ebenso in die Zuständigkeit der Abteilung Verbraucherschutz. Als nachgeordnete Behörden hat das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz auch die Aufsicht über das Landeslabor Berlin-Brandenburg und Teile des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

[www.mdjev.brandenburg.de](http://www.mdjev.brandenburg.de)

**Dr. Helmuth Markov**

geboren am 5. Juni 1952  
in Leipzig (Sachsen),  
verheiratet, drei Kinder



# Der Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz

## Dr. Helmuth Markov

### Ausbildung und Beruf

1970	Abitur, Berufsausbildung zum Buchhändler
1970 bis 1976	Studium am Kiewer Polytechnischen Institut, Dipl.-Ingenieur für Elektrische Antriebe und Automatisierung von Industrieanlagen
1976 bis 1978	Mitarbeiter im Internationalen Lizenzhandel
1984	Promotion (Dr.-Ing.)
1978 bis 1990	Abteilungsleiter Forschung/Entwicklung
1990 bis 2002	Geschäftsführer Eltese GmbH Stolpe
1998 bis 2004	Geschäftsführer LE-W Warmwassersysteme GmbH Hennigsdorf

### Politischer Werdegang

seit 1973	Mitglied der SED
seit 1990	Mitglied der PDS, seit 2007 DIE LINKE
1993 bis 1995	Vorsitzender des PDS-Landesverbandes Brandenburg
1990 bis 1999	Mitglied des Landtages Brandenburg
1999 bis 2009	Mitglied des Europäischen Parlamentes
2009 bis 21. Januar 2014	Minister der Finanzen und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Brandenburg
21. Januar bis 4. November 2014	Minister der Justiz und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Brandenburg
seit 05. November 2014	Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

# Staatssekretär für Justiz

## Dr. Ronald Pienkny

geboren am 26. November 1969  
in Perleberg (Brandenburg),  
verheiratet, ein Kind

### Ausbildung und Beruf

1986 bis 1988	Ausbildung zum Elektromonteur
1991 bis 1994	Abitur in Magdeburg
1994 bis 1999	Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Potsdam
1999	Erstes juristisches Staatsexamen in Potsdam
1999 bis 2001	Juristischer Vorbereitungsdienst im Land Brandenburg
2001	Zweites juristisches Staatsexamen in Potsdam
2003	Promotion (Dr. iur.)
2005 bis 2009	Amtsleiter Gemeinde Birkenwerder
2009 bis 2012	Leiter Ministerbüro, Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg
2012 bis 2014	Staatssekretär, Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg
seit November 2014	Staatssekretär, Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

### Politischer Werdegang

seit 2009 Mitglied der Partei DIE LINKE

# Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz

## Anne Quart

geboren am 5. Februar 1972 in Berlin  
ledig, zwei Kinder

## Ausbildung und Beruf

1990	Abitur in Berlin
1991 bis 1998	Studium an der Humboldt-Universität Berlin, der Moskauer Staatlichen Linguistischen Universität, der Freien Universität Brüssel und dem Institut „Marie Haps“ in Brüssel
1998 bis 1999	Studiengang für Politik, Wirtschaft und Geschichte am Institut d'Études Politiques in Paris
1999 bis 2006	Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Europäischen Parlament in Brüssel/Straßburg
2006 bis 2009	Politische Mitarbeiterin des Bereiches Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Stellvertretende Bereichsleiterin
2009 bis 2011	Leiterin des Bereiches Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
2011 bis 2012	Fachsekretärin für internationale Gewerkschaftsarbeit, IG Metall Wolfsburg
2012 bis 2013	Fachreferentin im Generalsekretariat des Euro- und Weltkonzernbetriebsrates der Volkswagen AG Wolfsburg
2013 bis 2014	Fachreferentin im Bereich Konzernpersonal International der Volkswagen AG Wolfsburg
seit Dezember 2014	Staatssekretärin im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

## Politischer Werdegang

seit 2005 Mitglied der PDS, seit 2007 DIE LINKE







# Das Ministerium der Finanzen

Schulen und Universitäten, eine gut ausgebaute soziale und verkehrstechnische Infrastruktur, innere Sicherheit, Umweltschutz oder die Förderung unserer Wirtschaft – für all diese staatlichen Leistungen werden ausreichend Einnahmen und Personal benötigt. Die Einnahmen des Landes Brandenburg zu generieren und den einzelnen Aufgaben des Landes Personal zuzuordnen, aber gleichzeitig auch die begrenzten Mittel des Haushaltes im Blick zu behalten – das sind drei wichtige Aufgaben des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg. Aber bei weitem nicht die einzigen: Das Finanzministerium erfüllt vielfältige Aufgaben bei der Gestaltung der Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik und verantwortet beispielsweise die Beteiligungen des Landes an Unternehmen. Und das Finanzministerium ist größter Immobilienverwalter und Bauherr in Brandenburg.

Das Finanzministerium erstellt in enger Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien den Haushaltsplanentwurf, der anschließend von der Landesregierung verabschiedet wird. Danach wird der Haushaltsplan im Landtag beraten und beschlossen. Dieser bestimmt, wie viel Geld die Landesregierung für welche Aufgabenbereiche ausgeben darf. Das Ministerium der Finanzen ist auch für den kommunalen Finanzausgleich, die angemessene Beteiligung der Gemeinden und Landkreise am Steueraufkommen und an anderen Einnahmen des Landes, zuständig.

Die brandenburgischen Finanzämter generieren für Bund, Land und Kommunen die Steuereinnahmen. Das Finanzministerium achtet darauf, dass die Finanzämter Steuergesetze für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger gleichmäßig und gerecht anwenden. Um sicherzustellen, dass bei der Besteuerung in allen Ländern die gleichen Grundsätze gelten, stimmt sich das Finanzministerium mit dem Bundesfinanzministerium und den anderen Ländern regelmäßig ab. Informationen über die brandenburgischen Finanzämter sowie aktuelle Steuerinformationen finden Sie im Internet unter [www.finanzamt.brandenburg.de](http://www.finanzamt.brandenburg.de).

In der brandenburgischen Landesverwaltung arbeiten Menschen zum Beispiel in Schulen, bei der Polizei, an Gerichten oder bei Finanzbehörden. Die Personalbedarfsplanung dient dem Zweck, den Einsatz der wertvollen Ressource Personal den einzelnen Aufgaben des Landes zuzuordnen. Für die Auszahlung der Bezüge aller Bediensteten ist das Finanzministerium mit seiner Zentralen Bezügestelle (ZBB) in Cottbus verantwortlich ([www.zbb.brandenburg.de](http://www.zbb.brandenburg.de)). Das Ministerium ist zudem für die Grundsatzangelegenheiten des Besoldungsrechts der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Landes zuständig.

Das Finanzministerium verwaltet auch die unmittelbaren Beteiligungen des Landes an Unternehmen (z.B. Berliner Flughäfen, InvestitionsBank des Landes

Brandenburg, Lotto) und beaufsichtigt das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen. Es hat ferner die Obhut über die Landeshauptkasse und nimmt die Staatsaufsicht über öffentlich-rechtliche Kreditinstitute und Versicherungen im Land Brandenburg wahr.

In der Verantwortung des Finanzministeriums liegt außerdem die Verwaltung der landeseigenen Grundstücke mit einer Gesamtfläche von über 300.000 Hektar und das Planen und Durchführen aller staatlichen Hochbaumaßnahmen des Landes Brandenburg. Rund 4,27 Milliarden Euro wurden seit 1991 im Auftrag des Finanzministeriums für Hochbaumaßnahmen des Landes investiert. Das Land Brandenburg ist somit größter Immobilienverwalter und Bauherr in Brandenburg. Dafür zuständig ist der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB), der zum Geschäftsbereich des Finanzministeriums gehört ([www.blb.brandenburg.de](http://www.blb.brandenburg.de)).

[www.mdf.brandenburg.de](http://www.mdf.brandenburg.de)

## Christian Görke



geboren am 17. März 1962  
in Rathenow (Brandenburg),  
geschieden, zwei Kinder

# Der Minister der Finanzen und stellvertretender Ministerpräsident

## Christian Görke

### Ausbildung und Beruf

1980	Abitur
1980 bis 1983	Wehrdienst bei der Bereitschaftspolizei
1983 bis 1988	Studium an der Pädagogischen Hochschule Dresden, Diplom-Lehrer
1991 bis 1993	externes Studium an der Universität Potsdam im Fach Sport
1988 bis 2003	Lehrer für Geschichte und Sport

### Politischer Werdegang

ab 1985	Eintritt SED, ab 1990 PDS, ab 2005 Die Linkspartei.PDS, seit 2007 DIE LINKE
05/1990 bis 12/1993	Mitglied des Kreistages Rathenow
01/1994 bis 05/2014	Mitglied des Kreistages Havelland
09/1998 bis 05/2014	Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Rathenow
12/2003 bis 01/2014 und seit 09/2014	Mitglied des Landtages Brandenburg
09/2007 bis 08/2012	Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg
08/2012 bis 01/2014	Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg
seit 22. Januar 2014	Minister der Finanzen des Landes Brandenburg und
seit 5. November 2014	stellvertretender Ministerpräsident

# Staatssekretärin

## Daniela Trochowski

geboren am 12. März 1969  
in Roßlau (Sachsen-Anhalt),  
ein Kind

### Ausbildung und Beruf

1987	Abitur in Chemnitz
1987 bis 1988	Volontariat bei der „Freien Presse“ Chemnitz
1988 bis 1994	Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Abschluss: Dipl.- Volkswirtin
1994 bis 1996	Firma Schels und Sohn GmbH & Co KG, Maxhütte Haidhof (Bayern), Gruppenleiterin im Rechnungswesen
1996 bis 2002	Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundestagsfraktion PDS, Steuern und Finanzen
2002 bis 2005	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen Berlin, Referentin der Staatssekretäre
2005 bis 2009	Referentin für Steuern und Finanzen in der Bundestagsfraktion DIE LINKE
seit 6. November 2009	Staatssekretärin der Finanzen des Landes Brandenburgs

### Politischer Werdegang

ab 1990	Mitglied der PDS, ab 2005 Die Linkspartei.PDS, seit 2007 DIE LINKE
2006 bis 2009	Betriebsrätin der Bundestagsfraktion DIE LINKE
seit 2012	Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE Brandenburg



# Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und ein vorsorgender Sozialstaat – das sind die Ziele, von denen sich das Ministerium leiten lässt. Familien-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gesundheits- und Integrationspolitik wirken eng verzahnt zusammen. Solidarität und die Stabilisierung chancengleicher Lebensverhältnisse sind Richtschnur unseres politischen Handelns. Das Ministerium engagiert sich für ein kinder- und familienfreundliches Land. Die Umsetzung der Kinderrechte ist Leitbild unserer Arbeit. Ein Schwerpunkt ist die Unterstützung von Alleinerziehenden. Kinderarmut darf nicht hingenommen werden.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) streitet für faire und gerechte Löhne, setzt sich für Erwerbslose und sozial Schwache ein. Der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit und die Sicherung des Fachkräftebedarfs bleiben dringliche Ziele. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Nur das gibt den Menschen und vor allem den Familien Sicherheit und Entwicklungsräume. Das Ministerium setzt sich erfolgreich für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn und für eine starke Sozialpartnerschaft ein. Mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden Beschäftigungsmöglichkeiten in Brandenburg verbessert sowie Bildung, Fachkräftesicherung und Integration in Arbeit gefördert.

Zentrales Ziel der Politik ist das selbstverständliche Miteinander aller Menschen. Inklusion wird als Quer-

schnittsaufgabe von Anfang an mitgedacht und mitgeplant. Aufgabe des Landesbehindertenbeauftragten ist es, darauf zu achten, dass das Land seine Verantwortung für die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung wahrnimmt.

Das Wirken der Integrationsbeauftragten zielt unter anderem auf den Abbau von Integrationshemmnissen, die Förderung von Chancengleichheit, Teilhabe, Selbstvertretung und interkulturelle Öffnung, die Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Das MASGF setzt sich für eine gute, gerechte, flächendeckende Gesundheitsversorgung ein. Es sichert die Krankenhausplanung und -finanzierung sowie die medizinische Rehabilitation. Es initiiert Bündnisse für Gesundheitsförderung und Prävention. Das Brandenburger Modell zur Versorgung von Krebspatienten ist bundesweit vorbildlich; das Krebsregister wird regional mit Berlin ausgebaut. Die Gewährleistung sinnvoller Ausbildungsstrukturen und Ausbildungsqualität der Heil- und Fachberufe sind weitere Aufgaben. Das Ministerium hat die Rechtsaufsicht über die Ärzte-, Zahnärzte- und Apothekerkammern. Ebenfalls zuständig ist es für den öffentlichen Gesundheitsdienst.

Daneben nimmt die Seniorenpolitik einen wichtigen Platz ein. Ziel ist es, ältere Menschen aktiv am gesell-



schaftlichen Leben zu beteiligen. Die Pflege ist eine der größten Herausforderungen auf sozialem Gebiet. Nach dem Grundsatz „Ambulant vor stationär“ sollen Pflegebedürftige möglichst lange im familiären Umfeld leben können.

Das MASGF bündelt und koordiniert die Frauen- und Gleichstellungspolitik aller Ressorts. Sie gibt der Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen wichtige Impulse. Ein Hauptanliegen ist die Mobilisierung aller Kräfte für den Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt. Das frauen- und gleichstellungspolitische Programm bündelt alle Aktivitäten und entwickelt neue Maßnahmen. Förderung und Unterstützung der lokalen Frauenpolitik, von Frauenbündnissen, Netzwerken und Kooperationsstrukturen sind weitere Schwerpunkte. Dabei wird die Ministerin von der Landesgleichstellungsbeauftragten unterstützt.

[www.masgf.brandenburg.de](http://www.masgf.brandenburg.de)

## Diana Golze



geboren am 18.06.1975  
in Schwedt/Oder (Brandenburg),  
verheiratet, zwei Kinder

# Die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

## Diana Golze

### Ausbildung und Beruf

- 1982 bis 1990 POS »Clara Zetkin« Angermünde
- 1990 bis 1995 EOS »Albert Einstein« Angermünde (später Gymnasium »Albert Einstein«), Abschluss mit der Hochschulreife (Abitur)
- 1995 bis 2000 Studium an der Technischen Universität Berlin, Fachrichtung Erziehungswissenschaften mit Schwerpunkt Sozialpädagogik, Abschluss des Studiums als Diplom-Sozialpädagogin

### Politischer Werdegang

- 1991 Eintritt in die AG »Junge GenossInnen« bei der PDS
- 1997 Eintritt in die PDS, seit 1997 Mitglied des Landesvorstandes der PDS Brandenburg
- 1998 bis 2001 Abgeordnete für die PDS im Kreistag Uckermark
- seit 2/1999 Stellvertretende Landesvorsitzende der PDS Brandenburg
- 10/1999 bis 11/2003 Wahlkreismitarbeiterin von Heinz Vietze (MdL) im Havelland
- 2/2002 bis 10/2003 stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Landkreises Havelland
- seit 10/2003 Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Rathenow und Abgeordnete für die PDS im Kreistag Havelland
- 2003 bis 2005 Wahlkreismitarbeiterin von Christian Görke (MdL) im Havelland  
Mitglied im Aufsichtsrat der Kulturzentrum Rathenow gGmbH (ehrenamtlich)
- 9/2005 bis 11/2014 Mitglied des Deutschen Bundestags
- 2007 bis 2011 Mitglied im Bundesausschuss DIE LINKE.
- seit 2/2012 stellvertretende Landesvorsitzende der DIE LINKE.Brandenburg
- seit 5. November 2014 Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg

# Staatssekretärin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

## Almuth Hartwig-Tiedt

geboren am 04.10.1959 in Malchin/Mecklenburg  
(Mecklenburg-Vorpommern), verheiratet, zwei Kinder

## Ausbildung und Beruf

1978	Abitur
1978/79	Volontariat bei der Tageszeitung „Junge Welt“
1983	Abschluss als Diplom-Journalistin an der Karl-Marx-Universität in Leipzig
1994 bis 1996	Redakteurin bei der „Jungen Welt“
1996 bis 2001	Redakteurin bei der Tageszeitung „Neues Deutschland“
2002 bis 2006	wissenschaftliche Mitarbeiterin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und beim PDS-Landesvorstand Berlin
2006	Bezirksstadträtin für Kultur, Wirtschaft und Ordnungsamt im Bezirksamt Berlin-Pankow
2006 bis 2011	Bezirksstadträtin für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung und stellvertretende Bürgermeisterin des Bezirks
11/2012 bis 11/2014	Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen
seit 5. November 2014	Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg



# Das Ministerium für Wirtschaft und Energie

Das Ministerium für Wirtschaft und Energie (MWE) versteht sich als Dienstleister und Partner für die Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg. Es unterstützt zielgerichtet die Verbesserung der Standortqualität und wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen im Land mit dem Ziel, die Wertschöpfung zu erhöhen sowie Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu steigern.

Das MWE sieht es als eine zentrale Aufgabe an, die bestehenden Unternehmen zu stärken, damit sie weiter wachsen können. Den ausgeprägten mittelständischen Unternehmensstrukturen entsprechend werden dabei die Belange des Mittelstandes sowie des Handwerks besonders berücksichtigt.

Die kleinen und mittleren Unternehmen profitieren auch von einer starken Industrie. Das MWE unterstützt den weiteren Ausbau der industriellen Basis und die Stärkung der industriellen Kerne – denn Industrie ist Motor für Fortschritt, Wertschöpfung und Wohlstand. Das MWE hilft den Unternehmen dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und sich internationaler aufzustellen. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen gehört auch der Schutz des Wettbewerbs an sich durch eine weitgehend unabhängige Landeskartellbehörde sowie die Bereiche Öffentliches Auftragswesen und EU-Beihilferecht. Die Betriebe müssen sich zudem den Herausforderungen der Industrie 4.0 stellen. Das MWE begleitet diesen Prozess intensiv.

In seiner Förderpolitik konzentriert sich das MWE auf Regionale Wachstumskerne (RWK) und starke Branchen, aus denen die auf Basis der gemeinsamen Innovationsstrategie mit Berlin entwickelten Cluster hervorgegangen sind. Die fünf gemeinsamen Cluster mit Berlin (Energietechnik; Gesundheitswirtschaft; IKT, Medien und Kreativwirtschaft; Optik; Verkehr, Mobilität und Logistik) sowie die vier brandenburgspezifischen Cluster (Ernährungswirtschaft; Kunststoffe und Chemie; Metall; Tourismus) werden besonders unterstützt. Die Förderung durch Zuschüsse soll dabei weitgehend auf eine Darlehensförderung umgestellt werden.

Die Ansiedlung von Investoren bleibt eine wichtige Aufgabe des MWE. Vorangetrieben werden zudem der Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft und der Ausbau der Breitbandnetze. Weiterhin unterstützt das MWE Existenzgründungen – hier insbesondere auch Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Verstärktes Augenmerk wird zudem auf die Förderung von Unternehmensnachfolgen gelegt.

Im MWE sind die Kompetenzen im Bereich Energie gebündelt. Brandenburg ist Energieexportland und Vorreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das Land ist im Besonderen gefragt, wenn es darum geht, die notwendige und gewollte Energiewende in Brandenburg und in ganz Deutschland zum Erfolg zu führen. Der Industriestandort Deutschland braucht eine sichere und preiswerte Energieversorgung. Des-

halb wird die Braunkohle aus der Lausitz als Brücke noch für einen längeren Zeitraum gebraucht, bis Wind- und Sonnenstrom sowie Strom aus anderen regenerativen Energiequellen zuverlässig rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Dafür müssen der Netzausbau und die Entwicklung von Speichertechnologien dringend vorangetrieben werden, darauf richtet das MWE besonderes Augenmerk. Es unterstützt mit seinen Programmen Modellvorhaben zu Speichertechnologien sowie die Umsetzung regionaler und kommunaler Energiekonzepte.

Auch die Erschließung heimischer Öl- und Gasvorkommen wird vom MWE unterstützt und begleitet.

Wachstum und gesellschaftlicher Wohlstand im Land Brandenburg können dauerhaft nur durch Fachkräfte erhalten und ausgebaut werden. Nur wenn weiterhin junge Menschen ausgebildet werden, kann der Fachkräftebedarf gesichert werden. Deswegen setzt das MWE auf Angebote zur Berufsorientierung und eine enge Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft.

[www.mwe.brandenburg.de](http://www.mwe.brandenburg.de)

## Albrecht Gerber



geboren am 02.04.1967  
in Preetz (Schleswig-Holstein),  
verheiratet



# Der Minister für Wirtschaft und Energie

## Albrecht Gerber

### Ausbildung und Beruf

1987	Abitur
1987 bis 1990	Studium der Politikwissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
1990 bis 1991	Pressesprecher des SPD-Landesverbandes und der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg
1991 bis 1993	Fortsetzung des Studiums an der Freien Universität Berlin, Abschluss als Diplom-Politologe
1991 bis 1993	Mitarbeiter einer SPD-Abgeordneten im Landtag Brandenburg
1993 bis 1994	Referent in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg
1994 bis 1997	Persönlicher Referent des Staatssekretärs im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg
1997 bis 1998	Mitarbeiter im SPD-Parteivorstand, sog. „Kampa“, in Bonn
1999	Referent in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg
1999 bis 2006	Büroleiter der Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und Matthias Platzeck
2006 bis 2009	Leiter der Abteilung Regierungsplanung und Koordinierung in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg
2009 bis 2014	Chef der Staatskanzlei (Staatssekretär)
seit 5. November 2014	Minister für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg

# Staatssekretär

## Hendrik Fischer

geboren am 17.12.1961 in Köthen (Sachsen-Anhalt),  
verheiratet, zwei Kinder

### Ausbildung und Beruf

1983 bis 1991	Pädagogische Hochschule Potsdam
1991 bis 2008	verschiedene Tätigkeiten im Arbeits- und Sozialministerium des Landes Brandenburg, zuletzt als Referatsleiter „Europäischer Sozialfonds, Programmsteuerung“
2008 bis 2014	Referatsleiter Wirtschaft in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, zuletzt auch stellv. Abteilungsleiter „Regierungsplanung, Koordinierung“
seit 6. November 2014	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg



# Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS) ist für die Bildungspolitik einschließlich der Angebote für ein lebenslanges Lernen und der politischen Bildung zuständig. Zum jugendpolitischen Bereich gehören die Kindertagesbetreuung, die Jugendarbeit, die Hilfen zur Erziehung sowie die Jugendsozialarbeit. Zentrale Aspekte der Sportpolitik sind – in enger Abstimmung mit dem Landessportbund und anderen Sportorganisationen – die Unterstützung und der Ausbau des Breitensports sowie die Förderung von Spitzenleistungen. Das MBS ist auch für die ressortübergreifende Koordinierung des Handlungskonzepts der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zuständig.

Zum nachgeordneten Bereich des Ministeriums gehören das Landesamt für Schule und Lehrerbildung (LSA) mit vier Regionalstellen, zuständig für die Schulaufsicht, Lehrereinstellungen und die Lehrerbildung, sowie die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (BLZpB), die durch Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Diskussion über politische, gesellschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Themen fördert. Darüber hinaus nehmen das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) – in Verantwortung des Landes Brandenburg – und das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) – als Einrichtung des Senats von Berlin – ihre Aufgaben für die Länder Brandenburg und Berlin gemeinsam wahr.

Die Aufgaben im Politikfeld Schule reichen von der Schulaufsicht über die Lehrerstellen- und Schulentwicklungsplanung sowie die schulische Qualitätsentwicklung bis zu Fragen des Schul- und Dienstrechts. Die Ausstattung der Schulen, das flächendeckende Angebot von möglichst allen Schultypen und die Qualität des Unterrichts sind entscheidend für die Qualität der Bildungsangebote und damit die Zukunftschancen der jungen Menschen in Brandenburg. Deshalb wird in diesen Bereich in der Legislaturperiode von 2014 bis 2019 beispielsweise durch zusätzliche Lehrkräfte deutlich mehr investiert. Ein besonderer Fokus liegt auf der Berufsvorbereitung durch praxisnahen Unterricht.

Die demografische Entwicklung mit der zurückgehenden Zahl der Kinder und Jugendlichen stellt die Bildungspolitik vor große Herausforderungen. Dabei geht es ebenso um den Erhalt des Grundschulnetzes wie um die ausreichende Versorgung der Schulen mit gut qualifizierten Lehrkräften. Weitere Schwerpunkte sind die Stärkung der Kindertagesstätten, die Verringerung der Schulabbrecher-Quote und die Weiterentwicklung der Berufs- und Studienorientierung.

Ein anderes Politikfeld ist die Weiterentwicklung und Förderung der Jugendhilfe und des Sports. Schwerpunkte dabei sind Sicherung und Qualifizierung der Versorgungs- bzw. Angebotsstruktur, die in den Bereichen Kindertagesbetreuung, Jugendarbeit und Hilfen zur Erziehung bereitgehalten werden bzw. durch die das sportliche Engagement der Sportvereine im Land

unterstützt wird. Dazu gehören sowohl die Stärkung des Bildungsauftrags in den Kindertagesstätten als auch die Beratung und Unterstützung der Gemeinden beim Sportstättenbau. Das Ministerium ist außerdem für die Bäderplanung und den Wassersportentwicklungsplan zuständig. Dem Schutz von Kindern vor Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung wird auch künftig besonderes Gewicht beigemessen. Dafür stehen unter anderem das Netzwerk „Frühe Hilfen“ und die Weiterentwicklung der Heimaufsicht, um den Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe zu verbessern. Das landesweite „Netzwerk Gesunde Kinder“ mit weit mehr als 1.000 Patinnen und Paten engagiert sich für junge Familien.

Der Minister für Bildung, Jugend und Sport vertritt die Interessen des Landes in der Kultusministerkonferenz sowie in der Jugend- und Familienministerkonferenz.

[www.mbjs.brandenburg.de](http://www.mbjs.brandenburg.de)

## Günter Baaske



geboren am 17. Oktober 1957  
in Belzig (Brandenburg),  
vier Kinder

# Der Minister für Bildung, Jugend und Sport

## Günter Baaske

### Ausbildung und Beruf

1976	Abitur in Belzig
1978 bis 1982	Studium der Physik und Mathematik an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam, Diplomlehrer
1981 bis 1990	Lehrer für Physik und Mathematik im Kreis Belzig und an der Gehörlosenschule in Berlin
1990 bis 2002	Dezernent und Beigeordneter im Landkreis Belzig bzw. im Landkreis Potsdam-Mittelmark

### Politischer Werdegang

1989	Gründungsmitglied Neues Forum im Kreis Belzig und Gründungsmitglied der SDP/SPD im Kreis Belzig
1990 bis 1993	Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Belzig und Mitglied des Kreistages Belzig
2002 bis 2004	Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg
seit 2004	Mitglied des Landtages Brandenburg
2004 bis 2009	Vorsitzender der Landtagsfraktion der SPD
2006 bis 2008	stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Brandenburg
2008 bis 2014	Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark
2009 bis 2014	Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg
seit November 2014	Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

# Staatsekretär

## Dr. Thomas Drescher

geboren am 06. Mai 1968 in Berlin,  
verheiratet

### Ausbildung und Beruf

1986	Abitur in Königs Wusterhausen
1988 – 2003	Studium an der Humboldt-Universität Berlin, Diplom-Chemiker, Lehrer für Chemie und Geografie, Dr. rer. nat. für Wirtschaftsgeografie
1997 – 1999	Referendariat am Ernst-Abbe-Gymnasium in Berlin-Neukölln
1999 – 2002	Lehrer am Oberstufenzentrum in Schönefeld und am Zweiten Bildungsweg Dahme-Spreewald
2002 – 2007	Lehrer am Zweiten Bildungsweg Dahme-Spreewald
2007 – 2009	Leiter der Schule des Zweiten Bildungsweges Dahme-Spreewald
2009 – 2014	Leiter der Musikbetonten Gesamtschule „Paul Dessau“ in Zeuthen
seit November 2014	Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg





# Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

Die Entwicklung der ländlichen Regionen als Wirtschafts- und Kulturraum und als Lebensmittelpunkt der Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger steht als Aufgabe und Herausforderung über dem Gesamtspektrum des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MIUL). In den Schwerpunkten Umwelt und Agrar sichert das Ministerium die Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgt für eine sachgerechte Umsetzung der Förderprogramme und koordiniert die Arbeit der Genehmigungsbehörden in diesem Politikfeld.

Ländliche Entwicklung verfolgt strategisch das Ziel, in der Landwirtschaft und darüber hinaus in der Wirtschaft auf dem Lande Arbeitsplätze zu sichern beziehungsweise zu schaffen, ländliche Infrastruktur zu verbessern sowie das natürliche und kulturelle Erbe in Brandenburgs ländlichen Regionen zu bewahren. Das MIUL trägt insbesondere Verantwortung dafür, die natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen zu schützen und gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung der Regionen zu fördern. Brandenburg verfügt über eine wettbewerbsfähige und vielfältige Landwirtschaft, die – eingebettet in eine reichhaltige Kulturlandschaft mit einer vielfältigen Naturlandschaft – zum Markenzeichen des Landes gehört.

Die Fachpolitiken werden in folgenden Fachabteilungen bearbeitet: Die Abteilung Wasser- und Bodenschutz ist zuständig für Gewässerschutz und Wasserwirtschaft

sowie Bodenschutz und Altlasten. Kernaufgabe des Gewässerschutzes und der Wasserwirtschaft ist der Erhalt und die Entwicklung des bundesweit größten Gewässernetzes. Ziel der europäischen Wasserrahmenrichtlinie sind die Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für die Flussgebiete Elbe und Oder. Zu den Maßnahmen gehören das Erarbeiten von Gewässerkonzepten, die finanzielle Förderung der Sanierung und naturnahen Entwicklung von Gewässern, die Ausweisung von Wasserschutzgebieten und die nachhaltige Unterhaltung der Landesgewässer. Zum Schutz der Bevölkerung vor Hochwasser werden Überschwemmungsgebiete festgelegt, Abflussgebiete frei gehalten, Rückhalteflächen geschaffen und Deiche oder sonstige Hochwasserschutzanlagen errichtet und unterhalten. Ziel des Bodenschutzes ist es, Stoffeinträge und andere Beeinträchtigungen des Bodens und seiner Funktionen zu verhindern. Neben der nutzungsbedingten Verunreinigung betrifft dies auch Bodenverdichtung und Bodenerosion, Bodenabbau sowie Bodenversiegelung im Zusammenhang mit einer durch Bebauung stark ansteigenden Flächeninanspruchnahme.

Die Abteilung ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Forsten ist für die Bereiche Strukturentwicklung im ländlichen Raum, Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau, Jagd- und Fischereiwesen zuständig. Für folgende Bereiche nimmt sie als oberste Behörde des Landes die Fachaufsicht wahr: Landwirtschaft, Flurbef-

reinigung, ökologischer Landbau, Jagd und Fischerei, Forstwirtschaft. In der Abteilung werden die agrarpolitischen Grundsatzpositionen zu diesen Themenfeldern erarbeitet. Sie steuert Programme und Aktivitäten zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung. Zum Aufgabengebiet gehören die Ernährungsvorsorge, die Verantwortung für Marktordnungen und die Förderung von Investitionsvorhaben in landwirtschaftlichen Unternehmen.

Kernaufgabe der Abteilung Naturschutz ist es, die einzigartige Natur und die Vielfalt der brandenburgischen Kulturlandschaft zu erhalten. Der Artenschutz umfasst den Schutz der Tiere und Pflanzen und ihrer Lebensgemeinschaften vor Beeinträchtigungen durch den Menschen. Kernaufgabe ist der Schutz vor einwandernden Arten und das Management von Arten, die Schäden an Kulturen oder der Infrastruktur verursachen können. Darüber hinaus werden die Aufgabenbereiche Baumschutz und Alleenschutz wahrgenommen. Die Grundsätze zum Natur- und Landschaftsschutz sind Basis für das Konzept des Flächenschutzes mit Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten, die sich häufig innerhalb von Großschutzgebieten befinden und teilweise auch als Natura-2000-Gebiete gemeldet sind (FFH-/SPA-Gebiete). Durch Umweltbildung wird das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Natur und Landschaft geweckt und zum verantwortungsvollen Umgang mit den Naturgütern angeregt.

Zielstellung der Abteilung Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit ist es, schädliche Umweltbelastungen für die Bevölkerung zu vermeiden oder zu reduzieren und Voraussetzungen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu schaffen. Diesem scheinbaren Widerspruch wird begegnet durch die Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Regelungen bei Genehmigungsverfahren für Anlagen sowie durch innovative Projekte zur Minderung der verkehrsbedingten Lärm- und Luftschadstoffbelastungen. Es ist von großer Bedeutung, Genehmigungsverfahren zügig, rechtssicher und transparent durchzuführen, um möglichst viele Investoren für ein Engagement im Land zu gewinnen. Im Rahmen der Daseinsvorsorge ist die Abteilung auch verantwortlich für die Entsorgungssicherheit der privaten Haushalte und die geordnete Schließung von Deponien. Durch die im Land vorherrschende mechanisch-biologische Abfallbehandlung erfolgt eine ressourcen- und klimaschonende Hausmüllverarbeitung.

[www.mlul.brandenburg.de](http://www.mlul.brandenburg.de)

## Jörg Vogelsänger



geboren am 17. Mai 1964  
in Woltersdorf bei Berlin (Brandenburg),  
verheiratet, zwei Kinder

# Der Minister für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

## Jörg Vogelsänger

### Ausbildung und Beruf

- 1984 bis 1989 Studium an der TU Dresden, Sektion Maschinenbau,  
Abschluss: Dipl.-Ingenieur
- 1989 bis 1991 Entwicklungsingenieur im Reichsbahnausbesserungswerk  
Berlin-Schöneeweide
- 1992 bis 1994 Regionalgeschäftsführer SPD

### Politischer Werdegang

- 1994 bis 2002 Mitglied des Landtages Brandenburg
- 2002 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 11/2009 bis 02/2010 Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur  
und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
- 02/2010 bis 11/2014 Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
- seit November 2014 Minister für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft  
des Landes Brandenburg

# Staatssekretärin

## Dr. Carolin Schilde

geboren am 7. Januar 1964 in Schönberg (Mecklenburg-Vorpommern),  
verheiratet, zwei Kinder

### Ausbildung und Beruf

1982 bis 1987	Studium an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Abschluss Dipl.-Pädagogin für Biologie und Chemie
1992	Promotion am Institut für Physikalische Chemie der Universität Potsdam, Referentin in verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung
2005 bis 2009	Leiterin des Ministerbüros im Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
2009 bis 2014	Referatsleiterin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
2014	Abteilungsleiterin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
seit November 2014	Staatssekretärin im Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft



# Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) gestaltet und verantwortet die Politikfelder Stadtentwicklung und Wohnungswesen, Verkehr und – gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin – Raumordnung und Landesplanung in Berlin und Brandenburg. Zum Geschäftsbereich gehören der Landesbetrieb Straßenwesen und das Landesamt für Bauen und Verkehr mit der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg.

Grundlegendes Ziel des MIL ist, Städte und ihr Umland sowie die Hauptstadtregion attraktiv und lebenswert zu gestalten sowie die Mobilität von Menschen und Gütern zu sichern. Wir sichern die Zukunftsperspektiven für alle Landesteile und schaffen einen verlässlichen rechtlichen Rahmen für das Planen und Bauen.

Das MIL gliedert sich in eine Grundsatz- und drei Fachabteilungen.

Zu den Aufgaben der Abteilung Stadtentwicklung und Wohnungswesen gehören die Planung und Umsetzung der stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Ziele der Landesregierung. Fachpolitische Konzepte, Strategien und Arbeitshilfen und die entsprechenden rechtlichen und finanziellen Instrumentarien werden bereitgestellt. Förderprogramme für die integrierte Stadtentwicklung, den Stadtbau sowie für die Wohn-

raumförderung werden gesteuert und koordiniert. Zukunftsfragen wie sinkende Finanzierungsspielräume, demografischer Wandel in all seinen Erscheinungsformen, nachhaltige Stadtentwicklung, Stadt-Umland-Kooperationen zur Sicherung der Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Energieeffizienz sowie Baukultur spielen eine entscheidende Rolle.

Die Abteilung ist auch zuständig für Fragen der Bauleitplanung, der Bautechnik, des Bauproduktrechts, des Wohnungs- und Mietrechts sowie für die Brandenburgische Bauordnung.

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) erarbeitet die raumordnungspolitischen und landesplanerischen Ziele und Konzepte für die Länder Berlin und Brandenburg im deutschen und europäischen Kontext. Sie stellt die gemeinsamen Landesentwicklungspläne sowie Braunkohlen- und Sanierungspläne auf und ist für alle Raumordnungsverfahren sowie für die Bewirtschaftung der Bund-Länder-Verwaltungsabkommen Braunkohlensanierung zuständig. Sie sorgt für die Anpassung der kommunalen Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und genehmigt die Regionalpläne. Auf der Ebene der europäischen Raumentwicklung verbessert die GL die Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregion, bindet sie in die europäischen Entwicklungskorridore ein und unterstützt die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Oder-Region.



Die Abteilung Verkehr ist für die Entwicklung und Umsetzung der verkehrspolitischen Ziele der Landesregierung verantwortlich. Sie sichert die Mobilität auf der Schiene, der Straße, den Wasserwegen und in der Luftfahrt. Die Abteilung erarbeitet die fachpolitischen Grundsatzpositionen für ein nachhaltiges Verkehrssystem als Rückgrat öffentlicher Daseinsvorsorge.

Das Land ist im Rahmen seiner Zuständigkeit für den Öffentlichen Personennahverkehr außerdem Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr und Partner im Verkehrsbund Berlin-Brandenburg. Die Abteilung verwaltet im Auftrag des Bundes die Bundesfernstraßen. Sie ist auch zuständig für den Verkehrs- und Straßenbauhaushalt des Landes, den effizienten Einsatz von Bundes- und EU-Mitteln, die Förderung des kommunalen Straßenbaus sowie die Verkehrssicherheit. Die Entwicklung der Güterverkehrszentren, der Binnenschifffahrt und des Luftverkehrs sowie die Umsetzung von Straßen- und Straßenverkehrsrecht sind weitere zentrale Aufgaben.

[www.mil.brandenburg.de](http://www.mil.brandenburg.de)

**Kathrin Schneider**



geboren am 30. September 1962  
in Lübben (Brandenburg),  
zwei Kinder

# Die Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung

## Kathrin Schneider

### Ausbildung und Beruf

1981 bis 1986	Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin, Fachrichtung Pflanzenproduktion, Abschluss Diplom-Agraringenieurin
1986 bis 1990	Rat des Bezirks Cottbus, Bezirksplankommission
1990 bis 1991	Bezirksverwaltungsbehörde Cottbus, Ressort Natur, Umwelt und Raumordnung, Dezernat Bergbau
1992 bis 2002	Referentin Braunkohlen- und Sanierungsplanung in der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung/Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg
2002 bis 2003	Referatsleiterin Braunkohlen- und Sanierungsplanung in der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg im Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung
2003 bis 2005	Referatsleiterin Anpassung der Bauleitplanung, Raumordnungsverfahren; Braunkohlen- und Sanierungsplanung im südlichen Brandenburg in der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg im Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung
2005 bis 2009	Referatsleiterin Haushalt, finanzwirtschaftliche Grundsatzfragen, Finanzrevision, EU-Angelegenheiten im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg
2009 bis 2013	Leiterin der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung/Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
13. Dezember 2010 – 18. März 2013	zusätzlich Vorsitzende der Fluglärmkommission für den Flughafen Berlin Brandenburg
30.01.2013 bis 2014	Staatssekretärin des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
seit 5. November 2014	Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

# Staatssekretärin

## Katrin Lange

geboren am 24. Dezember 1971  
in Brandenburg an der Havel, ein Kind

### Ausbildung und Beruf

1991	Abitur und Hochbaufacharbeiterin
1991 bis 1993	Ausbildung zur Regierungsassistentin im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
1993 bis 1994	Angestellte im Bauamt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin
1994 bis 1996	Angestellte im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
1997 bis 2001	Leiterin des Ordnungsamtes des Amtes Meyenburg
2002	berufsbegleitende Fortbildung an der Brandenburgischen Kommunalakademie Abschluss: Verwaltungsfachwirtin
2001 bis 2004	Leiterin des Haupt- und Ordnungsamtes des Amtes Meyenburg
2004 bis 2014	Amtsleiterin des Amtes Meyenburg
2005 bis 2014	1. Stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin des „Wachstums-kerns Autobahndreieck Wittstock/Dosse“ e.V.
seit 11. November 2014	Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

### Politischer Werdegang

1995	Eintritt in die SPD
seit 2013	Stellvertretende Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Brandenburg



# Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) ist verantwortlich für die Pflege und Förderung von Wissenschaft und Kultur. Das MWFK hat neben der Zentralabteilung zwei Fachabteilungen.

Die Abteilung Wissenschaft und Forschung ist für den Auf- und Ausbau einer zukunftsfähigen brandenburgischen Hochschullandschaft zuständig, die mit ihren unterschiedlichen Lehr- und Forschungsprofilen den regionalen und überregionalen akademischen Ausbildungsbedarf abdeckt und durch Lehre und Forschung, Wissens- und Technologietransfer wesentlich zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft des Landes beiträgt.

Im Geschäftsbereich des MWFK befinden sich drei Universitäten, vier Fachhochschulen sowie die erste Filmuniversität Deutschlands, die Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf.

Neben der Hochschullandschaft verfügt das Land Brandenburg zusammen mit den zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen über eine leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungsstruktur, die es weiter zu fördern und auszubauen gilt.

Die Wissenschaftspolitik des Landes Brandenburg hat sich als hervorragendes Instrument der Landesentwicklung erwiesen. Durch den zielgerichteten Aufbau

einer international wettbewerbsfähigen Forschungsinfrastruktur sind bedeutende Entwicklungen des Strukturwandels der Region eingeleitet und vorangebracht worden.

Jede der großen deutschen Forschungsgemeinschaften ist in Brandenburg vertreten: drei Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), vier Einrichtungen der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), neun Institute der Leibniz-Gemeinschaft (WGL), drei Institute der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sowie das Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS).

Des Weiteren obliegt dem MWFK die Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) und des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (Meister-BAföG).

Die Kulturabteilung ist zuständig für die Pflege, Förderung und Entwicklung von Kunst und Kultur im Land. Ihr Aufgabenspektrum ist breit gefächert: Es reicht vom Denkmal- und Kulturgutschutz über Museen und Zeitgeschichte, Bildende Kunst, Musik, Theater, Literatur, Bibliotheken und Archiven bis hin zur Soziokultur und zu kultureller Bildung. Die finanzielle Unterstützung des Landes trägt dazu bei, dass Kunst und Kultur sowohl in der Landeshauptstadt als auch in den Regionen in hoher Qualität erlebt werden können.

Brandenburg stellt sich seiner Geschichte und verfolgt mit dem Konzept zur Erinnerungskultur die zielgerichtete Auseinandersetzung mit bestehenden Lücken in der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung. Damit wird das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement zu Gedenken und Information an zahlreichen Orten im Land unterstützt. Der Landesregierung ist es ein besonderes Anliegen, allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern die Teilhabe an kulturellen Bildungsprozessen zu ermöglichen. Mit ihrer Förderung von Gedenkstätten, kommunalen und freien Theatern, Orchestern, Museen, soziokulturellen Einrichtungen oder Musik- und Kunstschulen leistet sie dazu einen nachhaltigen Beitrag.

Das Ministerium ist außerdem zuständig für die Zusammenarbeit mit den Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen sowie für die Angelegenheiten der sorbischen/wendischen Minderheit.

[www.mwfk.brandenburg.de](http://www.mwfk.brandenburg.de)

**Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst**



geboren am 30. Dezember 1954  
in Wesselburen (Schleswig-Holstein),  
verheiratet, drei Kinder



# Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

**Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst**

## **Ausbildung und Beruf**

- 1972 bis 1982 Studium an der Universität Hannover, Fächer: Biologie, Politologie und Wasserwirtschaft, diverse Auslandsaufenthalte
- 1979 bis 1984 Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Siedlungswasserwirtschaft und Abfalltechnik, Universität Hannover
- 1982 Promotion (Dr.-Ing.), Fachrichtung Umweltbiotechnologie, Bauingenieur- und Vermessungswesen, Universität Hannover
- 1986 bis 1990 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Abfallwirtschaft, Umweltbundesamt Berlin
- 1990 Promotion (Dr. phil.), Fachrichtung Politikwissenschaften, Bereich Technikbewertung und Interdisziplinarität, Universität Hannover
- 1990 Habilitation, Fachrichtung Bauingenieur- und Vermessungswesen, Universität Hannover
- 2013 Ehrenpromotion der American Jewish University Los Angeles
- 1991 bis 2007 Universitätsprofessorin an der Universität Hannover
- 2005 bis 2007 Vizepräsidentin für Lehre, Studium, Weiterbildung und Internationales, Universität Hannover
- 2007 bis 2011 Präsidentin der Universität Potsdam
- 2010 Hochschulmanagerin des Jahres
- 2010 bis 2011 1. Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)
- seit 2011 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
- 2012 Vorsitzende der Verwaltungskommission und Koordinatorin der Länder im Wissenschaftsrat (WR)
- 2013 Präsidentin des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK)

# Staatssekretär

## Martin Gorholt

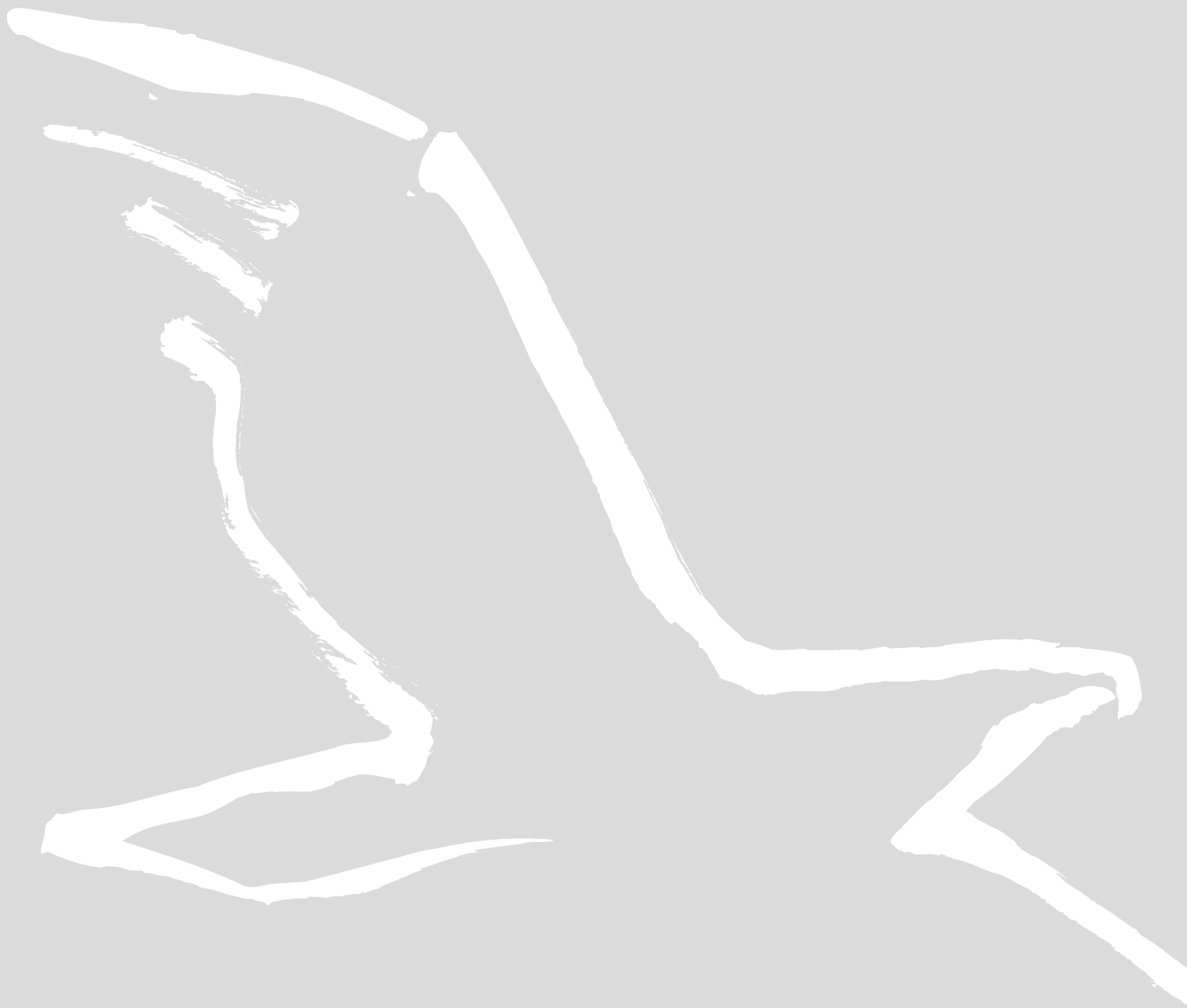
geboren am 18. August 1956 in Hamm  
(Nordrhein-Westfalen), verheiratet, drei Kinder

### Ausbildung und Beruf

1975	Abitur in Hamm
1976 bis 1983	Studium an der Universität Dortmund, Fächer: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Abschluss Diplom-Volkswirt
1984	Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppe, Bonn
1990	Landesgeschäftsführer der SPD im Land Brandenburg
1995 bis 1999	Pressesprecher und Leiter des Ministerbüros im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
1999 bis 2003	Pressesprecher und Leiter des Ministerbüros im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
2003 bis 2005	Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
2005 bis 2008	Bundesgeschäftsführer der SPD, Berlin
2009	Kandidatur für den Landtag im Westhavelland, über die Landesliste gewählt
seit 2009	Staatssekretär für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
seit 2014	Beauftragter des Landes Brandenburg für Angelegenheiten der Sorben/Wenden

### Politischer Werdegang

1975	Eintritt in die SPD
seit 2011	Vorsitzender des SPD Unterbezirks Havelland



# Adressen der Landesregierung Brandenburg

## **Ministerpräsident**

**Dr. Dietmar Woidke**

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-1201

## **Chef der Staatskanzlei**

**Staatssekretär Rudolf Zeeb**

Telefon: 0331/866-1204

## **Landesvertretung Brandenburg**

**Bevollmächtigter des Landes beim Bund**

**Staatssekretär Thomas Kralinski**

In den Ministergärten 3

10117 Berlin

Telefon: 0331/866-4120

## **Flughafenkoordinator**

**Staatssekretär**

**Rainer Bretschneider**

Telefon: 0331/866-1120

## **Regierungssprecher**

**Thomas Braune**

Telefon: 0331/866-1207

## **Stellv. Regierungssprecherin**

**Gerlinde Krahnert**

Telefon: 0331/866-1227

## **Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Minister Karl-Heinz Schröter**

Henning-von-Tresckow-Str. 9-13

14467 Potsdam

Telefon: 0331/866-2000

## **Staatssekretär**

**Arne Feuring**

Telefon: 0331/866-2010

## **Pressesprecher**

**Ingo Decker**

Telefon: 0331/866-2060

## **Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz**

**Dr. Helmuth Markov**

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-3000

## **Staatssekretär**

**Dr. Ronald Pienkny**

Telefon: 0331/866-3010

## **Staatssekretärin**

**Anne Quart**

Telefon: 0331/866-3020

**Pressesprecherin**

**Maria Strauß**

Telefon: 0331/866-3003

**Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU**

**Dr. Marcus Wenig**

Rue Joseph II 108

B-1000 Brüssel

Telefon: 00322/737-7450

**Ministerium der Finanzen**

**Minister Christian Görke**

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-6000

**Staatssekretärin**

**Daniela Trochowski**

Telefon: 0331/866-6050

**Pressesprecherin**

**Ingrid Mattern**

Telefon: 0331/866-6007

**Ministerium für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit, Frauen und Familie**

**Ministerin Diana Golze**

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-5000

**Staatssekretärin**

**Almuth Hartwig-Tiedt**

Telefon: 0331/866-5010

**Pressesprecherin**

**Marina Ringel**

Telefon: 0331/866-5040

**Ministerium für Wirtschaft und Energie**

**Minister Albrecht Gerber**

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-1500

**Staatssekretär**

**Hendrik Fischer**

Telefon: 0331/866-1510

**Pressesprecher**

**N.N.**

Telefon: 0331/866-1509

**Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**

**Minister Günter Baaske**

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-3500

Fax: 0331/866-3507

**Staatssekretär**

**Dr. Thomas Drescher**

Telefon: 0331/866-3510

Fax: 0331/866-3507

**Pressesprecher**

**Florian Engels**

Telefon: 0331/866-3520

Fax: 0331/866-3525

**Ministerium für ländliche Entwicklung,  
Umwelt und Landwirtschaft**

**Minister Jörg Vogelsänger**

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-7000

**Staatssekretärin**

**Dr. Carolin Schilde**

Telefon: 0331/866-7004

**Pressesprecher**

**Dr. Jens-Uwe Schade**

Telefon: 0331/866-7016

**Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**

**Ministerin Kathrin Schneider**

Henning-von-Tresckow-Str. 2-8

14467 Potsdam

Telefon: 0331/866-8000

**Staatssekretärin**

**Katrin Lange**

Telefon: 0331/866-8100

**Pressesprecher**

**Steffen Streu**

Telefon: 0331/866-8006

**Ministerium für Wissenschaft,  
Forschung und Kultur**

**Ministerin Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst**

Dortustraße 36

14467 Potsdam

Telefon: 0331/866-4500

**Staatssekretär**

**Martin Gorholt**

Telefon: 0331/866-4555

**Pressesprecher**

**Hans-Georg Moek**

Telefon: 0331/866-4566

#### Hinweis

Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung Brandenburg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Diese Broschüre darf weder von den Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufkleben oder Aufdrucken parteipolitischer Information oder Werbemittel. Auch ohne Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

## **Land Brandenburg**

Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam  
Telefon: 0331/866-0

E-Mail: [poststelle@stk.brandenburg.de](mailto:poststelle@stk.brandenburg.de)  
Internet: [www.brandenburg.de](http://www.brandenburg.de)

